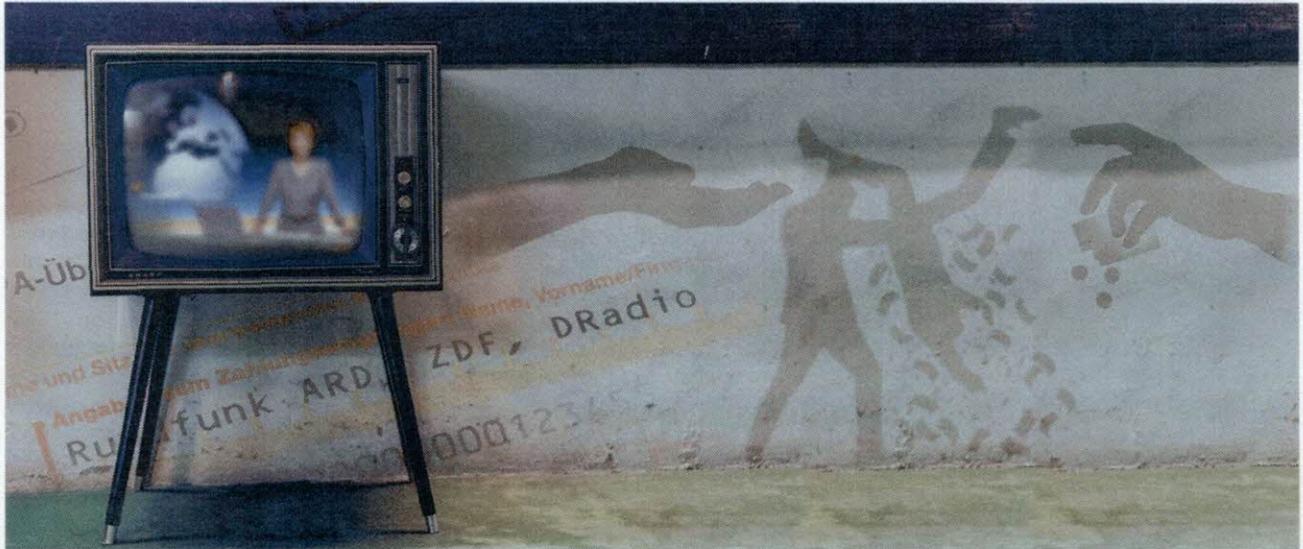


Blaue Post

NR. 19

ZEITUNG DER AFD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



Genug GEZahlt

AfD startet Volksantrag gegen Rundfunkzwangsgebühren

Noch nie gab es eine solche Revolte gegen Staatsgebühren wie gegen die Pflicht für jeden Wohnungsmieter, eine Rundfunkgebühr zu bezahlen. Völlig unabhängig von einem Empfangsgerät oder dem Willen, ein solches zu nutzen. Millionen haben sich schon dagegen gewehrt und verloren.

Das Bundesverfassungsgericht hat gerade entschieden, dass der „Gesetzgeber“ frei darin sei, Anknüpfungspunkte für eine Gebührenpflicht zu bestimmen, im Gegensatz zu seinem früheren Grundsatzurteil, Gebühren und Beiträge immer nur verursachergerecht zu erheben. Auch das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt eindeutig, dass niemand gezwungen werden darf, für etwas zu bezahlen, was er weder bestellt noch genutzt hat (BGB 241a „Unbestellte Leistungen“).

Wenn Gerichte also offenbar weder Recht sprechen noch dies im Namen des Volkes

tun, muss sich das Volk auf seine Souveränität besinnen und seine Volksvertreter an ihre Verpflichtungen erinnern.

Für diesen Volksantrag brauchen wir 40.000 Unterschriften aus ganz Sachsen. Dazu gründen wir einen Verein, der sich nur dieser Aufgabe widmet: Sachsen hat genug GEZahlt e.V., und brauchen den vollen Einsatz aller unserer Mitglieder, ob als Unterschriftensammler oder Mitorganisator. Die Hürden sind hoch, aber der Einsatz lohnt sich. Es geht nicht nur um die ungerechten Zwangsbeiträge, sondern ebenso um die Manipulation der Wirklichkeit durch die Staatsmedien.

Die gegenwärtige Krise unseres Parteiensystems und unsere leidvolle Geschichte haben eindrücklich bewiesen, dass übermächtige Staatsmedien alle anderen Medien zu gleichgeschalteten Mitläufern machen. Gegen über 8 Mrd. € Gebührengeld

für die Öffentlich-Rechtlichen kann es sich kein anderes Medium leisten, aus der Reihe zu tanzen.

Solange das so bleibt, werden wir für unsere Politik des gesunden Menschenverstands nicht die Resonanz haben, um unseren Gegner wenigstens nachdenklich zu stimmen und zu einer Politik, die uns allen nützt, zurückzukehren.

Wenn Sie dabei helfen wollen, wenden Sie sich bitte an Ihren jeweiligen AfD-Orts- oder Kreisverband, der Sie mit allen Materialien unseres Vereins ausstatten und versorgen wird, um dem Antrag zum Erfolg zu verhelfen.



von
Karin Wilke
MdL

Liebe Leser,

Frau Merkel steht für die Abschaffung der Wehrpflicht, für die ideologiegetriebene Energiewende, für die Öffnung der Grenzen und für die Folgen dieser Politik: Eine marode Bundeswehr, die höchsten Strompreise in Europa und einen enormen Anstieg der Gewaltkriminalität.

Die CDU unter Merkel hat mittlerweile alle konservativen Positionen aufgegeben, Merkels Stellvertreter Laschet sagt „Der Markenkern der CDU ist nicht das Konservative“, CDU-Ministerpräsident Günther fordert ein Bleiberecht für abgelehnte Asylbewerber und für Ostdeutschland Koalitionen mit der Linkspartei.

Am 16. August trat die CDU-Landtagsfraktion geschlossen an, um Frau Merkel in Dresden willkommen zu heißen. Ministerpräsident Kretschmer und Fraktionschef Kupfer empfingen Frau Merkel herzlich. Es wurde extra eine Fraktions-sitzung einberufen, um die sächsischen CDU-Abgeordneten fest auf die Merkel-Linie einzuschwören. Die Einladungskarten des anschließenden Mediensommerfestes sollen mit der Merkel-Raute versehen gewesen sein.

Wir erleben im Landtag, dass die CDU die oben beschriebene Politik schamlos verteidigt. Sie tut das unter der Führung eines Herrn Kretschmer, der zuvor in 15 Jahren im Deutschen Bundestag jede Entscheidung seiner Kanzlerin Merkel mitgetragen hat. Der Linkstrend der CDU ist nicht mehr aufzuhalten. Mit unseren Anträgen, Initiativen und unserer Öffentlichkeitsarbeit setzt die AfD-Fraktion dieser Entwicklung ein konservatives Gegengewicht entgegen.

Jörg Urban, MdL

Doppelhaushalt 2019/2020

Haushaltplan der CDU bietet viel Einsparpotential

Der im Juni beschlossene Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2019/2020 wurde im August in den Landtag eingebracht und vorgestellt. Er beinhaltet ein Rekordvolumen von 40,7 Mrd. Euro, gegründet auf Rekordsteuereinnahmen.

Nach Kabinettsbeschluss zum Regierungsentwurf hat der Ministerpräsident der Öffentlichkeit vollmundig verkündet – ich zitiere: „Der Haushaltsentwurf ist ein Investitionsprogramm in die Zukunft unserer Heimat.“ Die Wahrheit ist: Die Investitionsquote sinkt auf 14,2 Prozent, nachdem sie im Haushaltsplan für dieses Jahr noch 15,7 Prozent betragen hat.

Dem durch Untätigkeit verursachten Lehrermangel will die Staatsregierung mit der Anhebung des Gehalts für Grundschullehrer und der Verbeamtung von Lehrern bis zum 42. Lebensjahr begegnen. Dafür will die Staatsregierung in den kommenden fünf Jahren 1,7 Milliarden Euro ausgeben. Bei der Lehrerverbeamtung überwiegen die Nachteile: Dienstfahrene Lehrer über 42 Jahre, die nicht verbeamtet werden, fühlen sich als Lehrer zweiter Klasse. Dies vergiftet das Klima in den sächsischen Lehrerzimmern und wirkt sich negativ auf den Unterricht aus.

Demgegenüber gewinnen wir durch die Verbeamtung auch keinen Konkurrenzvorteil gegenüber den anderen Bundesländern, welche – mit Ausnahme von Berlin – ihre Lehrer schon verbeamteten. Die Anhebung der Kita-Pauschalen, die die Kommunen pro Jahr und Kind vom Land bekommen, um 300 Euro pro Jahr und Kind, halten wir für unzureichend. Dieser Betrag müsste verdoppelt werden, um den Anstieg des Finanzierungsanteils der Kommunen an den Betriebskosten seit 2005 zurückzuführen.

Der Regierungsentwurf enthält 820 zusätzliche Stellen bei der Polizei. Zusammen mit den 180 Stellen des aktuellen Doppelhaushalts sind dies 1.000 zusätzliche Stellen – auf dem Papier. Nach dem Kabinettsbeschluss verkündete die Staatsregierung ge-

genüber der Presse, dass sie 1.000 zusätzliche Stellen bereits im Jahr 2020 besetzen will. Diese Zahlen geben die Ausbildungskapazitäten überhaupt nicht her. Danach ist die Besetzung von 1.000 zusätzlichen Stellen mit Polizeivollzugsbeamten erst 2024 möglich.

Zu den 2,75 Milliarden Euro Ausgaben für Asyl und Integration seit 2015 sollen nach den Plänen der Staatsregierung in den nächsten beiden Jahren noch einmal rund 1 Milliarde Euro hinzukommen. Allein unbegleitete minderjährige Ausländer kosten den Steuerzahler 150 Millionen Euro. Eine Prüfung, ob es sich tatsächlich um Minderjährige handelt, findet nicht statt. Das Alter der Jugendlichen wird weder systematisch erfasst, noch wird ein Alterstest durchgeführt.



Für die Förderprogramme zur sogenannten Stärkung der Demokratie sind rund 12 Millionen Euro vorgesehen. Gleichzeitig werden für die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration zusätzlich 5 hochbezahlte Stellen zur Neuerrichtung des Sächsischen Demokratiezentrum geschaffen. Jährliche Kosten rund 400.000 Euro! Ein Nutzen für den sächsischen Bürger ist nicht erkennbar: Pure Steuergeldverschwendung - wir sehen insgesamt erhebliches Einsparpotential.



von
André Barth
MdL

Der Schulgarten – mehr als nur ein „grüner Spielplatz“

Viele unter uns kennen ihn noch – den Schulgarten. Dabei ist er keine Erfindung des sozialistischen Systems, sondern wurde bereits in der Antike als Lehr- und Lernort geschätzt. Trotz Streichung des Schulgartenunterrichts als Pflichtfach in Sachsen haben einige Schulen daran festgehalten und, was noch erfreulicher ist, im Laufe der letzten Jahre wieder neue Schulgärten errichtet. Dennoch ist dies nicht genug!

Ein Schulgarten bietet viel mehr als nur das Erlernen von Aussäen, Unkraut jäten und Ernten. Hier werden wichtige, für das alltägliche Leben unabdingbare Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt – Verantwortungsbewusstsein, Geduld, Fleiß, Achtsamkeit und Durchhaltevermögen. Gerade in unserer Zeit, die von Schnellebigkeit und Oberflächlichkeit geprägt ist, sind diese Eigenschaften für einen heranwachsenden Menschen eine solide Basis für sein zukünftiges Handeln.

Als ich mit einer kleinen Anfrage (6/13899) wissen wollte, wie viele Schulen in Sachsen über einen Schulgarten verfügen und wie deren Unterhalt finanziert wird, war die Antwort der Staatsregierung beschämend: „Dazu liegen keine Erkenntnisse vor.“ Zwar bemüht sich der Freistaat seit 1993 mit einem Schulgartenwettbewerb, aber bedauerlicherweise wurden die bereitgestellten

Mittel für die Preisträger deutlich reduziert. Im Vergleich zum 8. Wettbewerb, in welchem noch ca. 50.000 Euro Prämiegelder ausgegeben wurden, waren es im letzten Wettbewerb nur noch 30.000 Euro – eine Kürzung um 40 Prozent!

Die mangelnde finanzielle Unterstützung durch die Staatsregierung außerhalb dieses Wettbewerbs führt auch dazu, dass immer weniger Schulen teilnehmen. Waren es beim 8. Schulgartenwettbewerb noch 83 Schulen, nahmen beim 10. Wettbewerb nur noch 39 Schulen teil. Davon auffallend wenige aus den Großstädten Chemnitz, Dresden oder Leipzig. Gerade hier wäre die Nähe zur Natur durch das Angebot eines Schulgartens immens wichtig.

Zukünftig muss jede Schule in Sachsen in die Lage versetzt werden, einen eigenen Schulgarten zu errichten und dauerhaft zu unterhalten. Dazu gehört nicht nur die Erhöhung der Prämiegelder für den Schulgartenwettbewerb, sondern vielmehr auch die Bestärkung der zentralen Bedeutung eines Schulgartens für das gesamte Lernkonzept einer Schule



von
Dr. Rolf Weigand
Mdl



Symbolbild: Pflanzenkunde

AfD-Fraktion begrüßt Merkel

Merkel besuchte den sächsischen Landtag und wurde gebührend empfangen.

Die AfD-Fraktion hatte eigens für diesen Anlass Plakate geordert, um deutlich zu machen, dass die sächsische CDU mitnichten einen anderen Kurs als die Kanzlerin fährt, sondern – im Gegenteil – fest zur Politik dieser Frau steht. Also FÜR illegale Masseneinwanderung und irrsinnige Geldverschwendung.



Ein „Gruß“ aus dem Landtag

Siemens und der Wirtschaftsstandort Sachsen

Erneut wurde im Sächsischen Landtag die Chance zum konstruktiven Gedankenaustausch über den Wirtschaftsstandort Sachsen vertan.

Nach der Debatte vom 13.12.17 um den Siemens-Standort Görlitz und der Entscheidung der Konzernspitze zu dessen Erhalt, gelangte das Thema auf Antrag von CDU & SPD erneut auf die Tagesordnung. Das Ansinnen dahinter wurde schnell offensichtlich: Kretschmer, Dulig & Genossen inszenierten eine Feierstunde voller Eigenlob für ihre angeblich so großen Taten zum Erhalt des Standortes in Görlitz. Wie so oft: Politiker feiern sich als Löser eines Problems, dessen Ursache („Energiewende“) sie einst selbst – hier auch unter Mitwirkung des MdB Kretschmer - geschaffen hatten.

Worin liegt nun der konkrete Beitrag sächsischer Regierungsparteien am Erhalt der Arbeitsplätze bei Siemens? Das waren im

Wesentlichen Landtagsdebatten inklusive medienwirksamer Mitleidsbekundungen, moralische Appelle nebst Vorwürfen zur mangelnden Innovationskraft ans Unternehmen.

Wieder einmal fiel es der AfD-Fraktion zu, den Finger in die Wunde zu legen - in der Lückenpresse leider nicht erwähnt. Einzig mein musikalisch-ironischer Redeanfang („Merci, dass es Sie gibt!“) fand Erwähnung – mit dem Versuch, mich verächtlich zu machen („der singende Abgeordnete“).

Dem Wirtschaftsstandort Sachsen geht es relativ gut - nicht wegen der Regierungspolitik, sondern ihr zum Trotz! Die Infrastruktur harrt überfälliger Modernisierungen - Sachsen liegt nach wie vor beim Internetausbau hinten. Seit 2014 erarbeitet eine Strategiekommision Handlungsempfehlungen zum sachsenweit kostenlosen Bildungsticket. Ergebnis? Keins! Die

Bürokratie wächst und wächst - trotz des eingerichteten „Normenkontrollrats“! Das Handwerk ächzt unter Überregulierung. Die Russlandsanktionen schlugen eine tiefe Schneise in die Auftragsbücher sächsischer Firmen. Die Masseneinwanderung gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land. Steigende Kriminalität verursacht hohe wirtschaftliche Schäden und hohe Ausgaben für Sicherheit bei sächsischen Betrieben. Diese Liste der Wirtschaftshemmnisse ließe sich fortsetzen.

Wirtschaft braucht keine moralischen Appelle und Belehrungen. Sie benötigt einen ermutigenden wie verlässlichen Handlungsrahmen!



von
Mario Beger
MdL

Ich klage an!

Meine letzte Landtagsrede rief bei den Altparteien großen Unmut hervor. Grund war meine als Anklage vorgetragene Rede.

In Dresden beispielsweise schlugen Asylbewerber alles kurz und klein und greifen Polizei- und Sicherheitskräfte an. Sexuelle Übergriffe, Körperverletzungen und Drogenhandel sind massiv angestiegen. Ein Drittel aller Häftlinge in Sachsen sind Ausländer.

Das ist aber noch nicht alles: In den letzten 2 Jahren stellten etwa 1,5 Millionen Asylforderer, meist ohne Pässe, einen Asylantrag. Darunter viele Analphabeten, Kriminelle, Antisemiten, Islamisten, Vergewaltiger, Messerstecher und Armutsmigranten. Hunderttausende Familiennachzügler, die nicht in der Asylbewerber-Statistik geführt werden, befinden sich bereits in Deutschland, weitere Hunderttausende sitzen auf gepackten Koffern. Beim BAMF werden Ur-

kunden und ärztliche Atteste manipuliert, Identitäten verschleiert, zu Unrecht tausende positive Asylbescheide ausgestellt - und die Regierung wusste davon.

Osteuropäer missbrauchen organisiert im großen Umfang unser Hartz IV-System. Andrea Nahles ist davon überzeugt, dass die „Flüchtlinge“ mittelfristig die Fachkräftelücke im Handwerk schließen können. In Bayern bei der Handwerkskammer spricht man davon, dass 70-90% der „Flüchtlinge“ ihre Ausbildung abbrechen.

Die Grüne Göring-Eckhardt möchte, dass sich die Migranten in unseren Sozialsystemen zu Hause fühlen. Frau Merkel sagte „wir schaffen das“ und ja, sie haben es geschafft, fast 1 Million der neuen Fachkräfte beziehen bereits Hartz IV. Auf Kosten des arbeitenden Steuerzahlers.

Frau Nagel von den Linken möchte eine

offene Einwanderungsgesellschaft und nimmt damit in Kauf, dass dies einen sozialen und gesellschaftlichen Suizid zur Folge hätte.

All das wird von den Altparteien getragen und unterstützt. Geltende Gesetze werden missachtet und Steuergelder in Milliardenhöhe verbrannt.



Die gesamte Rede finden Sie unter: <https://www.youtube.com/watch?v=knTLnuyAD38>



von
André Wendt
MdL

CDU-Asyl-Chaos immer schlimmer!

Kaum Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern



Symbolbild: Asylbegehrr

Am 2. August teilte uns die Regierung mit, wie viele ausländische Intensivtäter seit Jahresbeginn abgeschoben wurden. Ganze 16 Fälle kann sie vorweisen, während über 1.000 Intensivtäter frei herumlaufen und sich noch nicht einmal im Gefängnis befinden, obwohl auf ihr Konto schwere Diebstähle, Körperverletzungen und Sexualdelikte gehen.

Trotz dieser desaströsen Zahlen glaubt Innenminister Roland Wöllner (CDU), die Öffentlichkeit täuschen zu können, indem er Jubelmitteilungen über einzelne, geglückte Abschiebungen verbreitet. Im Juli konnten wir so der Presse die vollzogene Rückführung von 14 tunesischen Ausreisepflichtigen entnehmen.

Unerwähnt darf jedoch nicht bleiben, dass sich ca. 11.850 Ausreisepflichtige weiterhin in Sachsen aufhalten. Das sind 4.000 mehr als Anfang 2017. Für Innenminister Wöllner gibt es daher keinen Grund, sich selbst auf die Schulter zu klopfen. Wir brauchen bei den derzeitigen Anstrengungen der Regierung mehrere Jahre, damit allein die aktuell bereits als ausreisepflichtig geführten Tunesier abgeschoben werden können.

Noch nicht berücksichtigt sind hier jene illegalen Migranten, die aufgrund von offenen Grenzen weiter durch mehrere sichere EU-Länder einreisen. Dazu kommen jene, die den Klageweg bestreiten, obwohl sie wissen, dass sie keinen Anspruch auf Asyl haben. Solange kein endgültiges Urteil vor-

liegt, können sie in Deutschland bleiben und hier weiter auf Steuerzahlers Kosten leben.

Zugegeben: Im Vergleich zum Vorjahr, wo im ersten Halbjahr nur 50 Tunesier abgeschoben wurden, hat sich etwas getan. Nun sind es immerhin schon 135. Der beständig hohe Druck der AfD zeigt also Wirkung. Wir werden jedoch nicht Ruhe geben, bis alle illegalen und kriminellen Ausländer Sachsen wieder verlassen haben. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, Herr Wöllner!



von
Sebastian Wippel
MdB

Zoff um 61 gefährliche Orte

Ein medialer Aufreger

Ich habe kaum eine so heuchlerische Debatte erlebt als jene um die 61 sog. „gefährlichen Orte“ in Sachsen. Seitdem das sächsische Innenministerium im Juli eine Liste mit 61 Kriminalitätsschwerpunkten veröffentlicht hat, kriegen sich viele politische und mediale Akteure nicht mehr ein.

Grüne und linke Politiker sehen die Einstufung dieser Orte nur als Vorwand für Einschränkungen der Freiheitsrechte, u. a. durch die - damit tatsächlich verbundene - verdachtsunabhängige Personenkontrollmöglichkeit. Die „Offene-Grenzen-Fanatiker“ aber verschweigen, dass es erst ihre von Angela Merkel umgesetzte Ideologie ist, die mehr Kontrollen im Land notwendig machen. Wer nicht an der Grenze kontrolliert, muss dies vor Ort tun. Selbstverständlich ist das mit mehr Aufwand und weniger Sicherheit verbunden. „Danke“, liebe linksgrüne GroKo! Weiterer Aufreger war, dass die Klassifizierung der Orte zum

Teil „willkürlich“ vorgenommen worden sein soll. Vor allem betroffene kleine Kommunen sind über die Einstufung sauer. Und in der Tat - es ist nicht nachvollziehbar, dass auf der genannten Liste bspw. Orte in Rochlitz oder Lugau, nicht aber in Bautzen oder Zwickau zu finden sind. Entweder haben Kriminelle in Sachsen ganz exotische räumliche Vorlieben oder aber die Staatsregierung weiß nicht Bescheid, was im Freistaat wirklich vor sich geht. Bitte entscheiden Sie selbst, lieber Leser, welche Variante die wahrscheinlichere ist!

Und dann sind da noch die Medieneklärungen wie die des MDR. Diese fokussieren auffällig stark auf die einfache Feststellung und Aufklärung von Drogendelikten, die bei der Einstufung der gefährlichen Orte im Vordergrund stünden. Die nahezu allgegenwärtigen Gewaltdelikte, Diebstähle und Sachbeschädigungen werden kaum thematisiert, die häufig festgestellten Tätergrup-

pen sowieso nicht. In Sachsen gab es mit Stand Juli bspw. allein 1013 „schutzsuchende“ Mehrfach-Intensivtäter auf freiem Fuß. Die sog. MITAs waren im ersten Halbjahr 2018 folgender Delikte tatverdächtig: 5 Straftaten gegen das Leben, 23 Sexualdelikte, 430 Gewaltstraftaten und 811 Diebstähle. Sogar der Görlitzer Oberbürgermeister, der sicherlich nicht im Verdacht steht, AfD-nah zu sein, warnte unlängst Frauen davor, nachts alleine vor die Tür zu gehen.

Das Thema der gefährlichen Orte in Sachsen kann gar nicht intensiv genug bespielt werden. Ich mache dies - ganz ohne Aufregung und mit Faktenbezug, aktuell mit meiner Kleinen Anfrage Drs. 6/14349.



von
Carsten **Hütter**
MdB.



Symbolbild: Asylforderer

AfD will ÖPNV Kuddele muddel beenden!

Staatsregierung schafft eigene Ziele nicht

Wieder ein neues Schuljahr und immer noch kein sachsenweit einheitliches Schüler- und Bildungsticket. Auch ein einheitlicher Tarif in Sachsen lässt weiter auf sich warten. Das alles steht aber im Koalitionsvertrag von CDU und SPD aus dem Jahr 2014. Die Arbeit in der ÖPNV-Strategiekommission wurde zügig und qualitativ hochwertig schon im Dezember 2017 mit entsprechenden Handlungsempfehlungen abgeschlossen. Umso unverständlicher ist es, dass die Staatsregierung jetzt bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen in vielen Punkten reflexartig auf die Zuständigkeit der Landkreise und Kreisfreien Städte verweist.

So überlässt die Staatsregierung - wohl ohne Ausübung irgendeiner Lenkungsfunktion - der kommunalen Ebene und den Verkehrsverbänden bzw. Zweckverbänden die „Planung, Organisation und Ausgestaltung des Nahverkehrs sowie dessen tarifliche Ausgestaltung“ (siehe dazu die Antworten auf meine Kleinen Anfragen Drs. 6/12494, Drs. 6/13535).

Nach diesen unbefriedigenden Antworten habe ich die Zweckverbände direkt kontaktiert. Das Ergebnis meiner Recherche war: Der Verkehrsverbund Vogtland hat sich vor den neuen Ausschreibungen Gedanken gemacht. So wurde dort kürzlich beschlossen: Das neue Angebot im vogtländischen Busverkehr wird ab Ende 2019 aus den Produkten PlusBus, RegioBus, StadtBus, SchülerBus und BürgerBus bestehen. Zudem wurde das Busangebot „Vogtlandnetz 2019+“ in Vorbereitung der Neuvergabe des Busverkehrs im Vogtland erarbeitet. Wir als AfD-Fraktion Sachsen haben uns auch konkrete Gedanken gemacht, wie Fa-

milien bei der Schülerbeförderung entlastet werden können. Auch für Berufsschüler und Senioren sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Deshalb fordern wir für diese Personengruppen ein kostenloses Basisangebot innerhalb der jeweiligen Landkreisgrenzen. Hierzu haben wir unseren Antrag Drs. 6/13769 im Juni 2018 eingereicht. Die Stellungnahme der Staatsregierung haben wir jetzt erhalten. Dort heißt es:

„Erklärtes Ziel der Sächsischen Staatsregierung ist es, in Kooperation mit der kommunalen Ebene das im Koalitionsvertrag verankerte Projekt eines kostengünstigen Bildungstickets zu initiieren und so rasch wie möglich (WAS AUCH IMMER DAS HEISST?) zur Umsetzung zu bringen. Zurzeit finden auf Grundlage des Abschlussberichtes der ÖPNV-Strategiekommission zumindest Gespräche zwischen der für die Schülerbeförderung und dem ÖPNV zuständigen kommunalen Ebene und dem Freistaat statt.“

Auch hier ist wieder zu erkennen, dass diese Verhandlungen sehr schwierig und zeitaufwendig sind und wahrscheinlich auch im kommenden Schuljahr immer noch kein Ergebnis vorliegt!

Aber dann kommen ja bald die neuen Landtagswahlen und wir als AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag können hoffentlich zu Gunsten der Sächsischen Bürger handeln.



von
Silke Grimm
MdL



Impressum

Blaue Post Nr. 19
September 2018

Herausgeber

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 - 493-4222
E-Mail: presse@afd-fraktion-sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion: Albrecht Andreas Harlaß
V.i.S.d.P.: Albrecht Andreas Harlaß
Auflage: 240.000
Erscheinungsweise: Monatlich

Fotonachweise

Fraktion: S. 1, S. 8, Autorenfotos

Privat: S. 2 (freepic), S. 3, S. 4 (freepic), S. 5, S. 6

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinuierend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9TbIf

Hinweis

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: www.blaue-post.de

Weitere aktuelle Informationen über die AfD Sachsen erhalten Sie unter blaue-landespost.de oder über afdsachsen.de. Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

Schnelle und unbürokratische Hilfe für die Bauern

Die anhaltende Dürre und der fehlende Regen der letzten Monate brachten den Bauern hohe Ernteverluste, teilweise sogar Totalausfälle. Aktuell wird der Schaden in Sachsen auf über 300 Millionen Euro geschätzt.

In dieser Extremsituation muss schnell gehandelt werden, um keine Existenzen zu gefährden. Die ablehnende Haltung von Agrarministerin Klöckner (CDU) ist für mich nicht nachvollziehbar. Wenn weltweit Hilfe benötigt wird, ist die Bundesregierung immer zur Stelle und verteilt Geld nach dem „Gießkannenprinzip“.

Es kann nicht sein, dass man Milliarden für illegale Einwanderer aufwendet, aber unsere Bauern in einer solchen Extremsituation nicht unterstützt werden. Die, die jeden Tag dafür sorgen, dass die Bevölkerung genügend Nahrungsmittel hat, müssen sich nun um ihr wirtschaftliches Überleben sorgen! Schon bei der Flut im Vogtland gab sich die sächsische Staatsregierung mit der Pauschale von 15 € pro Flutopfer der Lächerlichkeit preis.

Es geht hier nicht um Almosen, sondern um Finanzmittel, damit die Liquidität der Bauern in den nächsten Monaten gesichert ist und sie nicht ihre Höfe verlieren. Die mangelnde Solidarität auch der sächsischen Staatsregierung ist enttäuschend.

Dabei gibt es einfache und schnelle Möglichkeiten, die betroffenen Bauern zu unterstützen. So könnte das staatseigene Immobilienunternehmen BVVG auf seine Pacht verzichten. Betriebe mit eigenen Flächen sollten in dieser Höhe von Zahlungen an das Finanzamt befreit werden.

Die Forderung des Deutschen Bauernverbandes nach finanzieller Unterstützung von einer Milliarde Euro ist nachvollziehbar und wird von der AfD-Fraktion unterstützt. Wir erwarten eine zeitnahe positive Entscheidung, um den Bankrott landwirtschaftlicher Betriebe abzuwenden.



von
Jörg Urban
Mdl



Symbolbild: Dürre

Blauer Brief

von
Andreas-Albrecht **Harlaß**
Pressesprecher

CDU-Politik: Religiöses Halali auf unsere Frauen

Wochenende in Deutschland: In Hamburg wird am Tag ein Mädchen (14) vergewaltigt und im sächsischen Wurzen trifft ein Mädchen (15) das gleiche Schicksal. In beiden Fällen sind die Täter Asylbegehler. Gleich darauf warnt der Grünen-Bundestagsabgeordnete von Notz: „Einzelfälle wie dieser dürfen nicht zur Stimmungsmache gegen Schutzsuchende und Ausländer missbraucht werden...“.

Er vergewaltigt damit verbal alle Opfer sexueller Gewalt ein zweites Mal. Erneut nutzt zudem ein linker Politiker die Vokabel „Einzelfall“, um kleinzureden, was sich seit der CDU-Grenzöffnung 2015 als „Normalität“ in Deutschland etabliert hat. Das frauenfeindliche Menschenbild des Islam haben die Vergewaltiger wohl schlicht „vergessen“ beim Grenzübertritt abzugeben. Fakten zum „Einzelfall-Täter von Hamburg - ein Afghane: Er ist seit fünf Jahren ausreisepflichtig. 2011 reiste er nach Deutschland ein, beantragte Asyl, was abgelehnt wurde. 2012 verurteilt wegen Beleidigung und Körperverletzung, im Jahr darauf wegen Beleidigung und Diebstahls. 2015 Geldstrafen wegen Schwarzfahrens und Trunkenheit im Verkehr, 2016 zwei weitere wegen Bedrohung. Im gleichen Jahr wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. 2017 Verurteilung wegen Diebstahls mit Waffen und versuchter schwerer räuberischer Erpressung zu drei Jahren und zwei Monaten Haft. Da er Einspruch gegen das Urteil einlegte, blieb er frei. Einzelfälle, Einzeltäter, psychisch labil?

Deutschlands Altparteien-Politiker importieren Frauenhass und Kriminalität – sie scheinen von Sinnen.



AUS BERLIN

Blaue Post

NR. 1

LANDESGRUPPE SACHSEN DER AfD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

KOSTENLOS



Die Blaue Post kommt jetzt auch aus Berlin!

Mit der heutigen Ausgabe der Blauen Post kommt eine Neuerung: In Zukunft ist die Blaue Post eine gemeinsame Veröffentlichung der AfD-Landtagsfraktion und der Landesgruppe Sachsen der AfD-Bundestagsfraktion.

Im neuen Berliner Teil der Blauen Post wird es künftig darum gehen, den sächsischen Bürgern sachlich und differenziert die Themen und Problemstellungen der Bundespolitik und die entsprechenden parlamentarischen Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion vorzustellen. Neben Gesetzesentwürfen, Anträgen und Kleinen und Großen Anfragen stellen die innerhalb der Fraktion fachlich zuständigen Abgeordneten der Landesgruppe Sachsen auch die Tätigkeit der AfD in den unterschiedlichen

Ausschüssen und Gremien vor, das Hauptaugenmerk liegt dabei ganz klar auf der Vermittlung des teilweise sehr undurchsichtigen und unzugänglichen parlamentarischen Betriebes in Berlin.

Den Einstand geben in der vorliegenden Ausgabe die Bundestagsabgeordneten Jens Maier, Siegbert Droese und Karsten Hilse mit Berichten und Erläuterungen zu bereits erfolgten Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion und Lars Herrmann zu den Plänen des Innen- und Heimatministers.

Außerdem erläutern die Abgeordneten Ulrich Oehme und Christoph Neumann die Arbeit im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Tourismusausschuss und geben Einblicke

in die Planungen für die Zeit nach der Sommerpause. In dasselbe Horn stößt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla, der eine geplante Initiative der AfD-Fraktion im Hinblick auf das durch Brüssel verursachte Bürokratieproblem vorstellt.



von
Prof. Dr. Heiko
Heßenkemper
MdB



und
Siegbert **Droese**
MdB

Die Landesgruppe Sachsen



Die Landesgruppe Sachsen der AfD-Bundestagsfraktion konstituierte sich im vergangenen Jahr und umfasst elf Abgeordnete. Darunter findet sich neben den zehn sächsischen Abgeordneten mittlerweile auch die Berlinerin Dr. Birgit Malsack-Winkemann.

Diverse Mitglieder der Landesgruppe haben es geschafft, innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion und in Ihren jeweiligen Ausschüssen verantwortungsvolle Aufgaben und Positionen zu übernehmen. Genannt seien Tino Chrupalla als stellv. Fraktionsvorsitzender, Karsten Hilse und Prof. Dr. Heiko Heßenkemper als Arbeitskreissprecher und Obmänner und Jens Maier, Dr. Birgit Malsack-Winkemann und Christoph Neumann als Obmänner. Die Landesgruppe Sachsen ist damit stark im parlamentarischen Betrieb vertreten und gestaltet innerhalb und außerhalb der Fraktion die Bundespolitik aktiv mit.



Karsten **Hilse**

Mitglied im Ausschuss:

Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit



Lars **Herrmann**

Mitglied im Ausschuss:

Innenausschuss



Christoph **Neumann**

Mitglied im Ausschuss:

Tourismus



Tino **Chrupalla**
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Mitglied im Ausschuss:

Wirtschaft und Energie



Prof. Dr. Heiko **Heßenkemper**
Landesgruppensprecher

Mitglied im Ausschuss:

Wirtschaft und Energie



Siegbert **Droese**
Stellv. Landesgruppensprecher

Mitglied im Ausschuss:

Angelegenheiten der EU



Jens **Maier**

Mitglied im Ausschuss:

Recht und Verbraucherschutz



Ulrich **Oehme**

Mitglied im Ausschuss:

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Detlev **Spangenberg**

Mitglied im Ausschuss:

Petitionsausschuss, Gesundheit



Dr. Birgit **Malsack-Winkemann**

Mitglied im Ausschuss:

Petitionsausschuss, Gesundheit

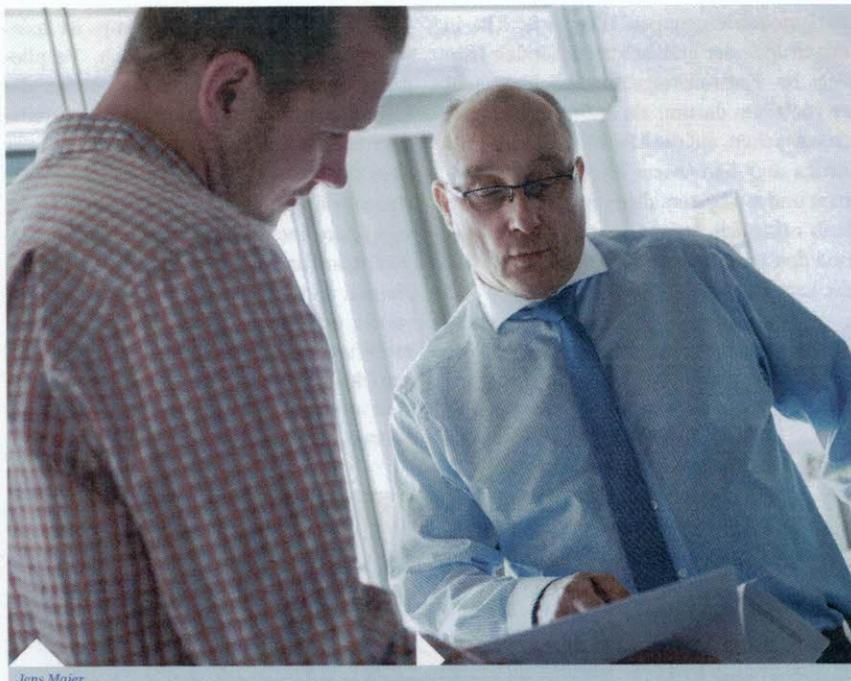


Verena **Hartmann**

Mitglied im Ausschuss:

Ernährung und Landwirtschaft

Deutsche sind nicht Bürger zweiter Klasse!



Jens Maier

Wahlkreisbüro

Tauernstr. 1a, 01279 Dresden

Mo 9 - 12 Uhr
 Di 9 - 12 Uhr / 13 - 18 Uhr
 Mi n. Vereinb.
 Do 9 - 12 Uhr / 13 - 18 Uhr
 Fr n. Vereinb.
 Sa n. Vereinb.



Telefon Wahlkreisbüro

+49 351 21 18 11 70



Jens Maier im WWW:

www.alternative-im-bundestag.de



Jens Maier auf facebook:

facebook.com/alternativimbundestag



Jens Maier bei twitter:

twitter.com/JensMaierAfD

Durch die Staatsanwaltschaften werden zurzeit gruppenbezogene Beleidigungen von Deutschen nicht als Volksverhetzung verfolgt. Ein Beispiel dafür, warum nicht, ist der Begründung der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth vom 8.3.1995 (402 Js 32830/95) zu entnehmen, in der es um die Strafbarkeit der Parole „Deutsche vertreiben - Ausländer bleiben“ ging. Hierzu wurde ausgeführt und das ist bis heute herrschende Meinung in der Rechtsprechung und Literatur, dass die Deutschen als solche nicht aufgrund gemeinsamer äußerer und innerer Merkmale als unterscheidbarer Teil von der Gesamtheit der Bevölkerung abgrenzbar seien. Sie stellten vielmehr die Allgemeinheit der in Deutschland lebenden Menschen dar. Deshalb wurde eine Strafbarkeit verneint.

Hierzu muss man wissen, dass eine Verfolgung wegen Volksverhetzung nur dann möglich ist, wenn durch die inkriminierten Äußerungen nur ein Teil bzw. Teile der Bevölkerung, nicht aber die Gesamtbevölkerung betroffen sind.

Ende April stellte ich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs für

den Paragraphen § 130 StGB („Volksverhetzung“) im Deutschen Bundestag vor.¹ Ziel ist es, die Kommunikation von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen die angestammte deutsche Bevölkerung, die zum Hass gegen die deutsche Bevölkerung aufstachelt, die zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen aufruft oder welche die Menschenwürde aller Deutschen angreift, zu verhindern.

Nicht selten werden deutsche Staatsbürger das Opfer von massiven verbalen Beschimpfungen, in denen an deren Eigenschaft als Deutsche angeknüpft wird („Köterrasse“). „Es geht um den Schutz der Deutschen im eigenen Land, nicht mehr und nicht weniger. Diese wollen genauso geschützt werden wie die Gäste von Frau Merkel und den Altparteien. Es muss Schluss sein damit, dass die Deutschen im eigenen Land zu Bürgern zweiter Klasse werden, wie wir es immer wieder erleben.“²

Beabsichtigt ist, die gesetzgeberische Rahmenbedingung dafür zu schaffen, dass auch die tatbestandsmäßige Hetze gegen das deutsche Volk als Volksverhetzung verfolgt wird und nicht nur als Beleidigung (§185

StGB) verfolgt werden kann, die einen Strafantrag voraussetzt.

Dem Rechtsausschuss dieser Legislaturperiode gehöre ich seit seiner Konstituierung im Januar an. Ich bin dort der Obmann für unsere Fraktion. Den Vorsitz führt Stefan Brandner (AfD Thüringen), sodass unsere Fraktion dort eine vergleichsweise starke Position einnimmt. Der Rechtsausschuss ist ein Ausschuss, der auch in vielen Fällen mitberatend für andere Ausschüsse tätig wird. Dabei ist man auf die Zu- und Zusammenarbeit mit den Mitgliedern unserer Fraktion aus den anderen Ausschüssen angewiesen.

In der Zusammenarbeit haben sich bisher keine Probleme ergeben. Die AfD-Fraktion im Bundestag spricht mit einer Stimme. Sie steht geschlossen da für unsere Bürger.

¹ Drucksache 19/1824

² Rede Jens Maier in der 30. Sitzung des Deutschen Bundestages, 27.04.2018



von
Jens Maier
 MdB

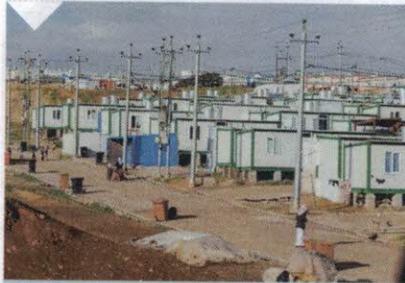
Menschen lieber vor Ort unterstützen

Seit dem 24.09.2017 bin ich Mitglied des Bundestages und mein Leben hat sich deswegen grundlegend verändert. Hatte ich früher einen relativ geregelten Tagesablauf als Selbständiger, so beherrscht jetzt die Hektik des politischen Alltags in Berlin mein Leben.

Die vergangenen 11 Monate waren geprägt von der Organisation unserer Fraktion, dem Funktionsfähigmachen der Abgeordnetenbüros und dem Eröffnen der Wahlkreisbüros. Diese befinden sich in Lugau, Limbach-Oberfrohna und seit neuestem auch in Rochlitz.

Ich bin Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe, stellvertretendes Mitglied im Gesundheitsausschuss, Mitglied des Europarates in Straßburg sowie in mehreren

Parlamentariergruppen tätig, wie z.B. in der Gruppe der arabisch sprechenden Länder. Im Entwicklungshilfesausschuss geht es vor allem darum, als AfD-Abgeordneter zu versuchen, auf die Migrationsströme aus Afrika und dem Orient Einfluss zu bekommen und am besten, diese zu stoppen. Deshalb reiste ich Anfang März in die Türkei und den Irak, um mir vor Ort ein Bild über die Lage der Flüchtlinge zu machen.



Flüchtlingslager im Irak

Die Lage in den Flüchtlingscamps ist kompliziert. Man schafft es jedoch, Verpflegung, Trinkwasser und Bildung für die Kinder zur Verfügung zu stellen. Ich habe dort vor allem Menschen getroffen, die vor dem IS geflohen waren. Das eigentlich Erstaunliche war, dass diese Menschen kaum vorhatten, nach Europa weiterzuziehen. Sie sind schon das dritte Jahr in der Nähe ihrer Heimat und aus den Gesprächen mit ihnen wurde ersichtlich, dass sie keinen größeren Wunsch haben, als auf ihre Ländereien zurückzukehren. Deshalb ist es so wichtig, dass wir die Menschen lieber vor Ort unterstützen, als sie zu uns zu holen.



von
Ulrich Oehme
MdB

AfD-Fraktion thematisiert den UNO-Plan zur Masseneinwanderung!

Die AfD-Bundestagsfraktion verfolgt den „Global Compact for Migration“ mit größter Sorge und behandelte ihn, auf die Initiative meines Kollegen im Europaausschuss – Martin Hebner – hin, in zwei Kleinen Anfragen. Die Antworten der Bundesregierung sind und bleiben jedoch widersprüchlich und ausweichend, insbesondere in Fragen der rechtlichen Bindung und etwaigen Kosten. Die Bundesregierung bestreitet die Kernkritik der Fraktion, dass die Souveränität Deutschlands eingeschränkt werden würde.

Die Kernkritik der AfD-Fraktion bleibt in unseren Augen jedoch unberücksichtigt: Die UNO hat ihren Plan mit frenetischem Jubel verabschiedet. Alle haben zugestimmt – außer den USA und Ungarn. Die auf Basis der New Yorker Erklärung vom 16. September 2016 geplante Annahme des Rahmenabkommens und ihrer beiden Anhänge wird zahlreiche Verpflichtungen („commitments“) zu Flucht und Migration nach sich ziehen.

Die UNO äußert, dass Europa aus einer Verpflichtung zu den Menschenrechten he-

raus Millionen Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika zusätzlich zu denen aufnehmen soll, die bereits jetzt nach Europa strömen. Was würde solch ein Plan in der Realität bedeuten? Meiner Ansicht nach die Zerstörung Europas und Deutschlands, so wie wir es heute kennen. Insbesondere, da die vorgebrachten Gründe, der Fachkräftemangel sowie die Humanität, die Folgen des Aufeinandertreffens so unterschiedlicher Kulturen völlig missachten.

Zu befürchten ist, dass die Nationen als identitätsstiftende Grundstruktur missachtet und zerstört werden und Europa nicht länger europäisch bleibt, sondern „global“ wird. Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt diesen UNO-Plan kategorisch ab. Ebenso alle anderen Pläne, die unsere Kultur und Tradition auf dem Altar der Globalisierung opfern wollen.



und
Siegbert Droese
MdB



Symbolbild: Global Compact for Migration

Vom „Masterplan“ zum „Desasterplan“



In der Asylkrise werden regelmäßig Durchbruchs- und Erfolgsmeldungen verkündet. Zuerst sollten es die ANKER-Zentren richten, dann die „Transitzentren“, um deren Namen man sich stritt. Schließlich durfte der Bundesinnenminister seinen „Masterplan Migration“ doch noch vorstellen, wohlwissend, dass er bei einer ernstgemeinten Umsetzung mit seiner Absetzung zu rechnen hat. Das erklärte Ziel – nämlich Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung – wird nicht einmal im Ansatz erreicht werden. Der „Masterplan“ blendet die Realität komplett aus und erinnert an taktische Sandkastenspiele.

Der Erfolg des Plans steht und fällt mit der „Fiktion der Nichteinreise“. Dieses Verfahren existiert bereits an Flughäfen. Dort bleiben Asylantragsteller für die Dauer des Verfahrens direkt in Gewahrsam und reisen

damit rechtlich nicht nach Deutschland ein. In der Folge können diese Personen relativ unkompliziert wieder in ihr Herkunftsland zurückgewiesen werden. An der Grenze zu Österreich wird man jedoch damit kläglich scheitern. Um illegale Einwanderer in Transitzentren unterbringen zu können, müssten diese ausschließlich die offiziellen Grenzübergänge nutzen, oder man erklärt die komplette grüne Grenze zu Österreich bis zu einer Tiefe von 30 km zu einer großen Grenzübergangsstelle.

Weiterhin werden sich illegale Einwanderer sehr schnell auf die unkontrollierten Grenzen zu Polen, Tschechien, Frankreich usw. verlegen. Auch bestehen nach wie vor gerichtliche Verbote, Asylbewerber nach Italien, Griechenland und Bulgarien zu überstellen, da die dortigen Asylverfahren gegen die Europäische Menschenrechtskonvention

verstoßen würden. Nicht zuletzt behindern die derzeitigen europäischen Regelungen die Einführung von effektiven Grenzkontrollen in Deutschland. Daher werden die angekündigten „Schleierfahndungen“ nur ein stumpfes Schwert bleiben und lediglich an der Oberfläche der grenzüberschreitenden Kriminalität kratzen.

Der Masterplan ist bereits von Anfang an zum Scheitern verurteilt, „Desasterplan“ wäre der passendere Begriff. Bis sich die Bundesregierung das eingesteht, werden unsere Bürger in der Zwischenzeit den Preis zu zahlen haben.



von
Lars Herrmann
MdB

Weiterbau des Elster-Saale-Kanals

Die Idee, Leipzig mit den Flüssen in Mitteldeutschland zu verbinden, stammt schon von König Friedrich August I. (1763–1827) von Sachsen. Die Napoleonischen Kriege (1805–1815) beendeten dieses weitgedachte Projekt. Der Leipziger Ratsherr und Unternehmer Karl Heine ließ von 1856–1898 auf eigene Kosten den nach ihm benannten Karl-Heine-Kanal im Westen von Leipzig errichten. Er beginnt in Leipzig-Plagwitz am Fluss Elster und endet in Leipzig-Lindenau am Lindenauer Hafen. Diese künstliche Wasserstraße sollte nach ihrer Vervollständigung die Elster mit der Saale bei der Stadt Merseburg verbinden.

Erst 1933 wurde das Projekt wieder aktiv vorangetrieben. Kriegsbedingt ist der Weiterbau im Jahre 1943 eingestellt worden. Seit dieser Zeit endet der Kanal nach der Ortslage Günthersdorf auf der Höhe der Bundesstraße 181. Die Gesamtlänge des Kanals beträgt 19 km. Bei Baueinstellung waren 11 km fertig gestellt und mit Wasser geflutet. Weitere 5,5 km sind bautechnisch gegraben, aber nicht mit Wasser befüllt worden. Somit fehlen zur Vervollständigung dieses Bauwerks nur 2,5 km.

Die errichtete Schleuse in der Ortschaft Wüsteneutzsch, in der Nähe zur Saale, ist eine Bauruine. Seit dem Ende des II. Weltkrieges (1939–1945) gab es immer wieder Bestrebungen, den Elster-Saale-Kanal zu vollenden. Die Grundidee von König Friedrich August I. und Karl Heine war, die Stadt Leipzig aus wirtschaftlichen Gründen an die Wasserstraßen in Deutschland anzubinden.

Heutzutage ist der mögliche Transport von großen Mengen an Gütern via Schiff nicht

mehr der Hauptgrund für die Vervollständigung des Kanals. Gegenwärtig liegt seine Bedeutung im Interesse des Tourismus und somit der Erholung. Der Spruch „Von der Elster (Leipzig) an die Alster!“ (Hamburg) verdeutlicht die touristischen Möglichkeiten. Menschen, die mit Paddel- oder Ruderbooten, sowie Kleinseglern und Kajüttschiffen diese Wasserverbindung potentiell nutzen können, erleben dann ein Mix aus Abenteuer und Kultur. In den Städten Halle (Saale) und Magdeburg (Elbe) können sie unterwegs auf geschichtsträchtigen Pfaden der deutschen Romanik, Gotik und Barock wandeln. Durch den Mittellandkanal (Wasserstraßenkreuz Magdeburg) wäre Leipzig mit dem Rhein (Dortmund) im Westen und der Oder (Schwedt) im Osten verbunden. Da der Rhein bekanntlich über den Main (Mainz) und den Main-Donau-Kanal (Regensburg) mit der Donau verbunden ist, könnten erlebnishungrige Wassersportler von Leipzig bis nach Wien schippern. Wem das noch nicht genug ist, der fährt dann auf der Donau weiter über Pressburg, Budapest, Belgrad und Galatz bis ins Donaudelta.

Somit kann Leipzig und Umgebung, neben seinem Seenland im Süden (Cospudener See, Markkleeberger See, Störmthaler See und Zwenkauer See) und im Norden (Schladitzer See und Werbeliner See) zu einer echten Wasserstadtlanschaft gestaltet werden. Wassertouristen aus ganz Europa haben dann in meiner Heimatstadt einen Hafen (Stadthafen) für ihre Schiffe und Boote und genießen auf kurzen Wegen das reichliche Kulturleben und „atmen“ über eintausend Jahre Leipziger Stadtgeschichte. Dies wird für viele Unternehmer, nicht nur im Gastgewerbe, einen erhöhten Um-

satz bringen; von dem alle im Leipziger Raum profitieren.

Seit 2007 gibt es den Elster-Saale-Kanal Förderverein. Sein Ziel ist, die Menschen vom Weiterbau des Kanals und dem Schleusenneubau bei Merseburg zu überzeugen. Die Stadt Leipzig setzt sich gleichfalls für den Weiterbau ein, allein ihr fehlen die benötigten Finanzmittel. Ein erarbeitetes tourismuswirtschaftliches „Gesamtkonzept für die Gewässerlandschaft im mitteldeutschen Raum“ belegt, dass die Vervollständigung des Elster-Saale-Kanals in seiner Gesamtbetrachtung für alle Beteiligten von Vorteil ist.

Gegenwärtig ist die Bundesrepublik Deutschland der Eigentümer des Kanals, auch des unvollendeten Teils. Der Kanal befindet sich auf den Gebieten des Freistaates Sachsen und des Landes Sachsen-Anhalt. Diese Konstellation bedeutet, dass neben betroffenen Kommunen (Leipzig und Leuna) auch die Länder und der Bund an einem Entscheidungsprozess beteiligt sind. Dies kann in einer Demokratie ein langwieriger Prozess sein.

Derzeit wird an einem wassertouristischen Konzept für Deutschland gearbeitet. Als Mitglied (Stellvertretender Sprecher und Obmann) im Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages setze ich mich für die Vervollständigung dieses länderverbindenden Kanals ein. Auf Grund meiner Initiative hat sich der Tourismusausschuss am Mittwoch, 13.06.2018 mit diesem Thema beschäftigt.



von
Christoph Neumann
MdB



Elster-Saale-Kanal



Hinweisschild Schleusenruine



Schleusenruine Wüsteneutzsch

Energiewende ist eine Geldumverteilungsmaschine

Kurz vor der Sommerpause brachte die AfD-Fraktion einen Antrag ein, in dem wir forderten, sämtliche Klimaschutzmaßnahmen wegen erwiesener aktueller und zukünftiger Nutz- und Wirkungslosigkeit einzustellen.

In meiner Bundestagsrede dazu prangerte ich die unverantwortliche, ja asoziale Politik an, hochtrabend „Klimaschutzpolitik genannt“, die seit der Gründung des IPCC unter allen Regierungen - besonders aber unter denen, an denen die Noch-Kanzlerin beteiligt war und ist - rücksichtslos vorangetrieben wird. Aktuelles Beispiel ist die Kohleausstiegs-Kommission! Diese hat die Aufgabe, den schnellstmöglichen Kohleausstieg vorzubereiten - und das nicht nach dem Prinzip von Machbarkeit und wirtschaftlicher Vernunft, sondern linksgrün ideologisch getrieben. Das zeigt schon die Zusammensetzung der Kommission. Zigttausende Arbeitsplätze in Sachsen, vor allem in der Lausitz und im Leipziger Raum stehen zur Disposition.

Für den menschengemachten Klimawandel gibt es keinen einzigen Beweis. Aber selbst wenn man der Ideologie und den „Vorausagen“ des IPCC glaubte, wäre der Beitrag

Deutschlands so marginal, dass sich jedwede Ausgaben dafür verböten. Selbst bei völliger Dekarbonisierung, also dem völligen Verzicht auf fossile Brennstoffe in allen Bereichen wie z. Bsp. der Stromerzeugung, dem Verkehr, Heizen und der Industrie in Deutschland würde sich die nur hypothetisch existierende Welttemperatur um max. 0,000.653°C weniger erhöhen, irgendwann in ferner unbekannter Zukunft. Für die vermeintliche Verringerung der „Erdmitteltemperatur“ um 0,000653°C bezahlen wir schon jetzt die höchsten Strompreise in Europa. Seit dem Jahr 2000 haben sie sich für Haushaltskunden durch die Kosten der Energiewende von 15 Cent pro Kilowattstunde auf um die 30 Cent verdoppelt.

Die Energiewende ist eine Geldumverteilungsmaschine von unten nach oben, mit der sich wenige Verdienner auf Kosten der Steuer- und Abgabenzahler die Taschen prall füllen und die zur Verarmung breiter Schichten unseres Volkes führen wird.



von
Karsten Hilse
MdB

Impressum

Blaue Post aus Berlin Nr. 1
September 2018

Herausgeber

AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Sachsen
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
E-Mail: buerger@afd-bundestag.de

Redaktion: Christian Kriegel
V.i.S.d.P.: Christian Kriegel
Auflage: 240.000

Fotonachweise

Fraktion: S. 1 (pixabay)

Privat: Autorenfotos; S. 2 Gruppenfoto (Siegbert Droese); S. 2 D. Spangenberg (M. Klinger, mki-news); S. 4 Flüchtlingscamp (Ulrich Oehme); S. 6 Elster-Saale-Kanal u. Schleusenruine Wüstenutzsch (Christoph Neumann), S. 7, 8

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinngemäß zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AfD-Bundestagsfraktion im Web:
afd-bundestag.de



AfD-Bundestagsfraktion bei facebook:
facebook.com/afdimbundestag



AfD-Bundestagsfraktion bei Twitter:
twitter.com/AfDimBundestag



AfD-Bundestagsfraktion bei youtube:
youtube.com/c/afdfraktionimbundestag



Symbolbild: Energiewende

Initiative für das Handwerk

Kurzinterview mit Tino Chrupalla

Bei Ihrer Arbeit als stellv. Sprecher des Arbeitskreises „Wirtschaft und Energie“ der AfD-Bundestagsfraktion setzen Sie sich in erheblicher Weise für das deutsche Handwerkswesen ein und sehen hier einen Schwerpunkt in der parlamentarischen Arbeit? Wie begründen Sie das gegenüber unseren Bürgern?



Dazu
Tino Chrupalla
MdB

Das deutsche Handwerkswesen ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaftskraft und Ausdruck unseres kulturell tief verankerten Qualitätsbewusstseins. Dazu gehört eine bestimmte Haltung zur Arbeit, zum Beispiel die typisch deutsche Gewissenhaftigkeit, die auch viel mit Verantwortungsbewusstsein und Gemeinschaftsgefühl zu tun hat. Diese Herangehensweise wurde auch von anderen Ständen geschätzt – bis heute. Das ist nicht selbstverständlich. Studien des deutschen Handwerksinstituts haben gezeigt, dass viele Migranten, die jetzt bei uns eine Handwerkslehre machen, den Wert ihrer Ausbildung gar nicht verstehen. Die Abbruchquoten unter Migranten sind sehr hoch, was vielleicht auch damit zu tun hat, dass sie aus Kulturen kommen, die keinen Gesellen- und Meisterabschluss kennen. Dementsprechend genießen Handwerker auch keine besondere Achtung in diesen Ländern. Das ist in Deutschland anders, der Wert des Könnens eines Handwerkers wurde bei uns von allen Gesellschaftsschichten erkannt. Natürlich haben auch andere europäische Länder Bedeutendes geleistet auf dem Gebiet des Handwerks – man denke an die italienischen Baumeister, Stuckateure oder Weber, die einen überragenden Sinn für Ästhetik an den Tag legen. Die zuverlässige, hohe Qualität deutscher Produkte hat es aber nicht umsonst zu Weltruhm gebracht und ich behaupte, dass unsere Handwerkstradition einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet hat. Sie läuft heute auserlinghs Gefahr, diese Eigenschaften zu

verlieren – dank Brüssel und der Politik der Bundesregierung. Eines der jüngsten praktischen Beispiele ist die DSGVO, deren Umsetzung vor allem kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe mit geringen Kapazitäten viel Aufwand, Zeit und Geld gekostet hat. Das haben wir als Fraktion und ich in meiner Rede im Bundestag thematisiert und kritisiert.

Weiter plädieren Sie insbesondere für eine positive Haltung zu handwerklichen Berufen. Wie meinen Sie das?



Dazu
Tino Chrupalla
MdB

Viele Betriebe wollen Azubis ausbilden, finden aber keine Interessenten. Das liegt auch daran, dass andere Berufszweige in der Öffentlichkeit attraktiver dargestellt werden als sie es eigentlich sind. Was ist denn so viel besser daran, wenn man den ganzen Tag in schlecht gelüfteten Büroräumen am Bildschirm sitzt?

In der handwerklichen Tätigkeit sind Körper und Geist gefragt. Viele Handwerksberufe erfordern neben Körperkraft und Geschicklichkeit auch ein hohes Maß an Konzentration. Wissen über die physikalischen Eigenschaften von Materialien sind häufig essentiell. Auch sehr wichtig ist die effiziente Kommunikation im Team. Das alles sind Eigenschaften, die auch im wirklichen Leben sehr nützlich sind und die ich auch sehr attraktiv finde.

Im Zuge der Hyperakademisierung und Digitalisierung wird der Wert der handwerklichen Tätigkeit der heutigen Jugend leider nicht mehr vermittelt. Für sie sind Handwerksberufe weniger wert als akademische Berufe. Dabei ist es ja gerade das Besondere an der dualen Ausbildung in Deutschland, dass man eine höhere Bildung anschließen kann, wenn man möchte. Die Entwicklungsmöglichkeiten sind nach oben offen. Das ist in keinem anderen Land so, wo Ge-

sellschaften viel stärker hierarchisch gegliedert sind. Ich sehe es deshalb als Aufgabe der AfD-Fraktion, an die wichtige kulturelle und ökonomische Bedeutung der deutschen Handwerkstradition zu erinnern.

Ich zitiere gerne den Ausspruch des Meistersängers Hans Sachs aus dem 15. Jahrhundert: „Ehre deutsches Volk und hute getreulich Deinen Handwerksstand. Als das deutsche Handwerk blühte, blühte auch das deutsche Land“. Übrigens blühten auch fremde Länder, wenn sie deutsche Handwerker holten und dort ansiedelten. Und was ist schöner und belebender, als mit den eigenen Händen etwas zu schaffen, kreativ zu sein und zu sehen, wie etwas entsteht, das die Welt wirklich braucht?

